

17.35

Abgeordneter Mag. Dr. Matthias Strolz (NEOS): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Wir haben hier ein Gesetz zum Thema Schulreform auf dem Tisch liegen. Es ist dies nicht die große Bildungsreform, das spüren wir, glaube ich, alle. Ich bin jetzt gut zweieinhalb Jahre hier im Haus und weiß – wie Sie alle hier –: Wenn ein großes Thema unterwegs ist, dann spürt man das im Raum! Heute spürt man im Raum: Etwas Großes kann das nicht sein, denn das fühlt sich anders an. Und so ist es tatsächlich.

Ich möchte zunächst einmal die Frage in den Raum stellen: Warum ist überhaupt eine Bildungsreform notwendig, warum tut eine Bildungswende not?

Wir haben aktuell den Zustand, dass zirka ein Fünftel der jungen Menschen mit 15 Jahren nicht sinnerfassend lesen können. Wir haben den Zustand, dass 5 000 bis 10 000 junge Menschen pro Jahr nach dem neunten Schuljahr aus der Schule ausscheiden und sagen: Mich bekommt ihr nie mehr wieder, ich mache euch keine Lehre, ich mache euch keine Schule! Diese Menschen haben offensichtlich zu Tausenden dieses Schulsystem als geradezu traumatisierend erlebt, denen sind wir irgendwo drübergefahren, in einer Art, dass sie sagen: Ich werde keinen Fuß mehr in eine Bildungsstätte setzen!

Wir haben in Ballungsräumen insbesondere das Problem, dass wir die Zweiteilung der Mittelschule nicht gelöst und überwunden haben, sondern dort sogar verstärkt nach wie vor Phänomene von Brennpunktschulen haben – Sie kennen es: Generation AMS, Brennpunktschulen –, in denen Schulleitungen sagen, dass ein Drittel direkt den Weg zum Arbeitsmarktservice nehmen wird. Und wir können davon ausgehen, dass sie lebenslänglich Dauerkunden des Arbeitsmarktservice sein werden.

Das sind riesige Herausforderungen, wo ich jetzt nicht sage, dass da jemand schuld daran ist, wo ich aber sage, dass wir die nicht so einfach schleifen lassen können und wir nicht sagen können, wir antworten mit Klein-Klein. Da müssen wir mit großen, kraftvollen Antworten kommen. Das war auch der Startpunkt für die Bildungsreform, und da wurde auch über ein Jahr gerungen. Ich habe es nicht verstanden – meine Sitznachbarin, die ehemalige Ministerin Heinisch-Hosek, war ja damals noch in der Verhandlungsführung –, dass die Oppositionsparteien nicht mehr eingebunden wurden. Wir haben oft aufgezeigt und haben auch immer wieder konstruktive Vorschläge gemacht. Ich habe es so verstanden, dass das Wollen grundsätzlich da war, uns einzubinden, aber nicht die Kapazität. Ich glaube, dass es zwischen diesen beiden Regierungsparteien und den verkrusteten Hinterländern in der Bildungsdebatte

schon so schwierig ist, dass in dieser Regierung schlichtweg die Kapazität nicht da ist, über sich selbst hinausgehend noch jemand anderen mit zu involvieren. Eigentlich sind Sie sich selbst schon zu viel und überfordern sich wechselseitig – und so schauen dann auch die Ergebnisse aus!

Am 17. November wurde ein Bildungsreformpaket präsentiert. Es wurde angekündigt: Bis Juli liefern wir die Umsetzung! Jetzt ist Juni, im Juli wird nichts mehr kommen, sonst wäre es schon in der Pipeline. Es gibt bis dahin auch keinen Unterrichtsausschuss mehr. Und klar ist: Das ist nur eines von sechs kolportierten Paketen, die eigentlich der Ausfluss dieser Einigung vom 17. November wären.

Jetzt war das damals, am 17. November, schon zu wenig, und wir schaffen jetzt nur ein Sechstel in dieser Zeit. Das ist eben ein Stück weit auch symptomatisch für die Bildungspolitik dieser Regierung, und das ist zu wenig – wiewohl wir mitgehen werden. Ich halte das Gesetz, so wie es jetzt auf dem Tisch liegt, für sinnvoll. Es sind darin sinnvolle Sachen enthalten, zum Beispiel, dass wir zum ersten Mal die Aufgabe in Angriff nehmen – darüber reden wir schon seit Jahren –, wie wir die Nahtstelle zwischen Kindergarten und Volksschule besser schnitzen können: dass das auch für die Kinder im Erleben, für die Eltern, für die Pädagoginnen und Pädagogen ein fließenderer Übergang wird, ein stimmigerer, ein organischerer.

In diesem Gesetz enthalten ist auch endlich die Abschaffung der Noten – da gab es Schulversuche –, was wir seit Beginn unserer Bürgerinnen- und Bürgerbewegung fordern: dass wir eben die Noten in der Volksschule freigeben.

Da haben wir übrigens im Unterrichtsausschuss einen Vorschlag eingebracht, wonach wir das grundsätzlich abschaffen wollen; und wer will, kann sich dann eben als Opt-in Ziffernnoten abholen. Das war leider mit der ÖVP nicht möglich, sondern das ist jetzt umgekehrt geschnitzt, dass man sich nämlich per Beschluss davon befreien muss. Das sind alles Kleinigkeiten, an denen ich es nicht scheitern lassen will. Wir werden da zustimmen. Es ist auch wichtig, dass wir mehr auf die Sprachförderung schauen. Dennoch ist das alles viel zu wenig. Wo gilt es besonders hinzuschauen und nachzulegen? – Vielleicht kann das eine oder andere in den noch ausstehenden fünf Paketen folgen.

Ich erkenne an, dass Sie sich im letzten Unterrichtsausschuss um einen neuen Stil bemüht haben. Zum ersten Mal wurde nicht zugemacht und alles gekübelt, was von uns gekommen ist, sondern es gab ein wildes Ringen der verkrusteten Strukturen im Vorfeld. Das fällt auch nicht leicht. Es ist wie nach 70 Jahren Ehe, da kannst du dich auch nicht neu erfinden; und laut System sind halt Rot und Schwarz verheiratet. Daher

kann man die Idee, dass jemand anderer sich da beteiligen soll, offensichtlich nicht über Nacht umsetzen.

Was ich mir aber erwarte, ist, dass das nur ein erster zögerlicher Versuch war, denn wenn ihr das nicht besser könnt, dann war das gar nichts, dann bitte ich, das Etikett „neuer Stil“ dafür nicht zu reklamieren; aber ich erkenne an, dass zumindest etwas spürbar war. Wir werden nachher einen Antrag verhandeln, den wir gemeinsam geschafft haben. – So viel zum Neuland.

Wo müssen wir nachlegen? – Sprachkompetenz bleibt ein Riesenthema, und da werde ich mein Mantra nach muttersprachlicher Förderung immer wieder singen. Das brauchen wir. Die Muttersprache ist die Absprungbasis für die gelingende gemeinsame Sprache Deutsch, und wenn wir wollen, dann kann jedes Kind in Österreich mit sechs Jahren so gut Deutsch, dass es dem Unterricht in der Klasse leicht folgen kann. Und dann, Herr Wurm, schaffen wir es leicht, auch noch einen Flüchtling aufzunehmen.

In der Klasse meiner mittleren Tochter ist auch ein Flüchtling; sie kommt mit einem neuen Universum im Kopf nach Hause, wenn sie mir zwei Sätze auf Farsi erzählt. Wie großartig ist das?! – Das ist ein Geschenk für meine Tochter. *(Beifall bei NEOS und Grünen.)*

Wenn wir es nicht gut organisieren, dann ist das aber eine Zumutung – nicht nur für meine Tochter, sondern für alle Kinder in diesen Schulen. Wenn wir Integration nicht besser als bisher organisieren, dann ist es eine immense Zumutung, dann werden wir das nicht gut erledigen können, dann wird die Fluchtbewegung in die Privatschulen in den Ballungsräumen *immens* zunehmen, dann werden wir die Phänomene von Brennpunktschulen flächendeckend *(Abg. Pirkhuber: Das ist richtig! Absolut!)*, in vielen Bereichen und nicht nur in einigen Bezirken und urbanen Gegenden haben – das wird dann ganz rasant zunehmen. Die Förderung der Muttersprache, Sprachförderung und Sprachkompetenz sind ganz wichtig.

Talente der Schüler gehören in den Mittelpunkt. Frau Ministerin, holen Sie die mittlere Reife noch einmal hervor und setzen Sie sie bitte um! Wir haben Konzepte auf den Tisch gelegt, die noch nicht so ausgereift sind, dass sie gleich Gesetz werden können, aber wir können damit gut und gerne jederzeit in detaillierte Diskussionen gehen. Ich erinnere nur daran, dass sich 2011 die rot-schwarze Regierung schon einmal auf die mittlere Reife geeinigt hat. Sie finden es, wenn Sie mittlere Reife und „Wiener Zeitung“ googeln. Nun sind fünf Jahre vergangen, und es ist nicht umgesetzt – deswegen: Erlauben Sie mir die Skepsis gegenüber Überschriften, das ist einfach ein Erfahrungswert!

Mittlere Reife verstehen wir folgendermaßen: Machen wir uns aus, was junge Menschen mit 15 Jahren – oder mit 14 Jahren, wenn es mit den Strukturen nicht anders geht – können sollen, und dann geben wir – und das ist der Schlüssel für Autonomie – den Schulen die Freiheit, vielfältige Wege hin zur mittleren Reife zu wählen!

Das ist der Schlüssel und mein Appell an die Sozialdemokratie, das ist der Schlüssel zur Überwindung der dumpfen Dichotomie zweier Töpfe ab dem Alter von zehn Jahren. Wenn wir 50 Töpfe aufstellen, weil die Mittelschulen so bunt sind wie das echte Leben, und alle ein Ziel haben, nämlich mittlere Reife, dann gibt es nicht mehr die Dichotomisierung in zwei Töpfe. Das wäre die Überwindung dieser Zweiteilung, die ich für immens wichtig halte, weil ich es als brutale Verletzung junger Menschenleben und Biografien erachte, wie das über diese Menschen hereinbricht.

Autonomie ist und bleibt unsere Kernforderung, und auch wenn das mit dieser Regierung schwierig ist, werde ich nicht aufhören, Vorschläge dazu zu machen. Deswegen bringe ich einen Entschließungsantrag ein, nämlich betreffend Freigabe des Budgets für Teamteaching für schulautonome Maßnahmen entlang eines Sozialindex. Sie wissen, wir haben 175 Millionen € im Topf; das Geld für Teamteaching ist also da. Wir haben die Freigabe von drei Fächern auf mehrere Fächer ausgeweitet, und ich sage, wir sollen es nicht für Fächer freigeben, sondern den Schulen geben. (*Abg. Amon: Das steht ja im Gesetz!*) Die Schulen sollen entscheiden, ob sie einen Bewegungsschwerpunkt, weil es besondere Aggressionen als Problem am jeweiligen Schulstandort gibt, oder etwas anderes machen. (*Zwischenruf des Abg. Amon.*) – Nein, das ist eben nicht möglich, Herr Amon. Sie müssen alles in Werteinheiten abbilden. Sie können keine Sozialarbeiter oder externe Lerncoaches anstellen. Das geht eben nicht.

Ich bitte, das zu überwinden, und deswegen bringe ich folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Strolz, Kollegin und Kollegen betreffend Freigabe des Budgets für Teamteaching für schulautonome Maßnahmen entlang eines Sozialindex

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Bildung und Frauen wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die sechs Stunden für Team-Teaching in den Neuen Mittelschulen in ein echtes Qualitätsbudget umgewidmet werden. Diese rund 175 Millionen Euro jährlich sollen den Schulen für schulautonome Maßnahmen

entlang eines Sozialindex zur Verfügung gestellt werden. Über dieses Budget soll die Schulleitung vor Ort – in Rücksprache mit dem Schulgemeinschaftsausschuss – eigenverantwortlich verfügen können.“

Ein weiterer Vorschlag wird während meiner nächsten Rede folgen.

Ich denke, Frau Ministerin, das wäre in der Sprache der Manager – und Herr Kern ist da durchaus affin und für diese Sprache zu begeistern – ein Quick Win. Ein Quick Win ist etwas, was man macht, weil es richtig ist, weil nicht viel dagegen und ganz viel dafür spricht. Ich würde meinen, wenn Sie das Anliegen Schulautonomie teilen, wenn Sie sagen, dass Sie kein frisches Geld haben, aber trotzdem den jungen Menschen in Österreich, den Eltern, den Pädagoginnen und Pädagogen etwas Gutes tun wollen, dann müssen Sie das tun. Ich werde Sie auch bei jeder unserer Begegnungen fragen, warum Sie es nicht endlich machen. – Seien Sie sicher, ich bin da echt lästig. *(Beifall bei den NEOS.)*

17.46

Präsidentin Doris Bures: Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Matthias Strolz, Kollegin und Kollegen

betreffend Freigabe des Budgets für Team-Teaching für schulautonome Maßnahmen entlang eines Sozialindex

eingebracht im Zuge des Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (1146 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Bundesgesetz über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2012, das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 38/2015, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Hochschulgesetz 2005, das Schulpflichtgesetz 1985, das Privatschulgesetz, das Bildungsdokumentationsgesetz, das Bundes-Schulaufsichtsgesetz, das Prüfungstaxengesetz – Schulen/Pädagogische Hochschulen, das Unterrichtspraktikumsgesetz, das Lehrbeauftragtengesetz und das Forstgesetz 1975

geändert werden (Schulrechtsänderungsgesetz 2016) sowie über den Antrag 1387/A(E) der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Überspringen von Schulstufen (1167 d.B.) – TOP 5

Wir begrüßen, dass die vom Bund für das Team-Teaching in der Neuen Mittelschule vorgesehenen und bezahlten zusätzlichen sechs Stunden nicht mehr nur in Deutsch, Mathematik oder Englisch, sondern auch in anderen „Schwerpunktfächern“ eingesetzt werden können. Dieser Schritt geht jedoch nicht weit genug. Wir fordern wesentlich mutigere Schritte und sind dafür, die sechs Stunden Co-Teaching an den Neuen Mittelschulen in ein echtes, frei verfügbares Qualitätsbudget umzuwandeln, über das die Schulleitungen in Rücksprache mit dem Schulgemeinschaftsausschuss autonom entscheiden können. Diese rund 175 Millionen Euro, sollten bereits ab Herbst den Schulen für schulautonome Maßnahmen entlang eines Sozialindex zur Verfügung stehen.

Der punktuelle Einsatz von Team-Teaching wird weiter empfohlen. Die Schulen entscheiden jedoch eigenverantwortlich, ob sie einen Teil des Budgets beispielsweise in Sprachförderung, Bewegungsprogramme, Lerncoaching oder andere Maßnahmen investieren wollen. Damit bekommen die Schulen die Möglichkeit, brennende standortspezifische Herausforderungen schnell und unbürokratisch anzugehen. Dort arbeiten die Profis vor Ort. Ihnen ist als Expert_innen jedenfalls zuzutrauen, dass sie mit diesem Qualitätsbudget verantwortungsvoll umgehen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Bildung und Frauen wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die sechs Stunden für Team-Teaching in den Neuen Mittelschulen in ein echtes Qualitätsbudget umgewidmet werden. Diese rund 175 Millionen Euro jährlich sollen den Schulen für schulautonome Maßnahmen entlang eines Sozialindex zur Verfügung gestellt werden. Über dieses Budget soll die Schulleitung vor Ort – in Rücksprache mit dem Schulgemeinschaftsausschuss – eigenverantwortlich verfügen können.“

Präsidentin Doris Bures: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Bundesministerin Dr. Hammerschmid. – Bitte.